

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
(16. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 19/10148 –**

**Stärkerer Schutz von Elefanten und Nashörnern vor Wilderei und
Eindämmung des Handels mit Elfenbein**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Steffi Lemke, Renate Künast, Lisa Badum,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/10186 –**

Wilderei, illegalen und nicht nachhaltigen Artenhandel stoppen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich sowohl auf EU-Ebene als auch auf internationaler Ebene mit Nachdruck für den Schutz von Elefanten und Nashörnern vor Wilderei und gegen den Handel mit Stoßzähnen bzw. Hörnern einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich sowohl auf EU-Ebene als auch auf

internationaler Ebene u. a. im Rahmen des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) gegen Wilderei und den illegalen und nicht nachhaltigen Artenhandel einzusetzen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/10148 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/10186 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD und FDP.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/10148 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 19/10186 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Sylvia Kotting-Uhl
Vorsitzende

Dr. Klaus-Peter Schulze
Berichterstatter

Carsten Träger
Berichterstatter

Andreas Bleck
Berichterstatter

Judith Skudelny
Berichterstatterin

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Steffi Lemke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus-Peter Schulze, Carsten Träger, Andreas Bleck, Judith Skudelny, Ralph Lenkert und Steffi Lemke

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/10148** wurde in der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Mai 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/10186** wurde in der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Mai 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Rahmen multilateraler Beratungen, der Europäischen Union und in bilateralen Gesprächen

- sich gegen jegliche Lockerung sowohl des Schutzes von Elefanten- oder Nashornpopulationen als auch der geltenden Handelsverbote für diese Tierarten und der aus ihnen hergestellten Produkte einzusetzen,
- sich unter CITES für die Fortentwicklung und Stärkung des Prozesses zur Erarbeitung von nationalen Elfenbeinaktionsplänen (NIAP) einzusetzen,
- sich für ein Verbot des Handels mit rohem und verarbeitetem Vorerwerbs-Elfenbein einzusetzen,
- das auf der internationalen Ebene erzielte Momentum aufrechtzuerhalten, die Problematik von Wilderei und illegalem Elfenbeinhandel auf hochrangiger Ebene mit bedeutenden Ursprungs-, Transit- und Abnehmerländern in Ost- und Südostasien mit dem Ziel anzusprechen, die Nachfrage nach Elfenbein und Nashornprodukten zu senken und den Vollzug von Artenschutzgesetzen zu verbessern,
- sich weiterhin dafür einzusetzen, dass Programme gegen Wilderei und illegalen Wildtierhandel auch Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der von den Ressourcen abhängigen lokalen Bevölkerung beinhalten.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

- Anträge zur Aufnahme von Tieren in den Anhang II und I sowie die Anträge zum strengen Schutz des Elefanten und einen besseren Schutz afrikanischer Löwen und asiatischer Großkatzen auf der CITES Konferenz zu unterstützen und CITES-Anträge, die auf die Herabstufung des Schutzstatus von Elefanten und Nashörnern bzw. Anträge zum erleichterten Handel mit Elfenbein, Nashornhorn oder Teilen von ihnen zielen, abzulehnen,
- sich für ein europa- und weltweites Verbot des Elfenbeinhandels und die konsequente Schließung der nationalen Elfenbeinmärkte einzusetzen,

- sich sowohl für eine EU-Verordnung, die den Import, Besitz und Verkauf von Tieren verbietet, die in ihrem Heimatland illegal eingefangen und exportiert wurden, als auch für ein umfassendes Importverbot für Jagdtrophäen auf EU-Ebene einzusetzen und den Import von als Nachzucht falsch deklarierten Wildfängen nach Deutschland zu bekämpfen,
- Positivlisten gemeinsam mit Tierschutz- und Halterverbänden zu erarbeiten und einzuführen, um den kommerziellen Handel, die Haltung und Zucht von Wildtieren auf die Arten zu beschränken, deren Haltung aus Tier-, Natur- und Artenschutzgründen, aber auch aus Gesundheits- und Sicherheitsaspekten, unbedenklich und dauerhaft zu leisten ist,
- gewerbliche Tierbörsen für Wildtiere zu untersagen und für alle anderen Arten von Tierbörsen verbindliche, tierschutzkonforme und im Vollzug handhabbare Regelungen zu treffen, wobei der Verkauf und Versand über Online-Portale wirksam zu unterbinden ist,
- sich bei bilateralen Regierungsverhandlungen für ein konsequentes Verbot von Jagd auf geschützte Arten und Artenhandel einzusetzen und sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für Programme gegen Wilderei und illegalen Artenhandel zu engagieren, die sich unter Einbindung und Förderung Indigener sowie lokaler Gemeinden auf Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Schaffung alternativer Einkommensquellen und Sensibilisierung konzentrieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 36. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10148 anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 40. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10148 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 43. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf der Drucksache 19/10148 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 33. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf der Drucksache 19/10148 anzunehmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 36. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10148 anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 39. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10148 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 31. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10148 anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 33. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10186 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 36. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/10186 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a und b

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat die Anträge auf den Drucksachen 19/10148 und 19/10186 in seiner 45. Sitzung abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies darauf, dass der Schutz der Elefanten in der letzten Wahlperiode mit einem entsprechenden Haushaltsansatz debattiert worden sei. Insgesamt hätten sich die Anstrengungen bereits positiv ausgewirkt. Ende August 2019 finde in Genf die nächste CITES-Tagung statt. Deshalb wolle man die Verhandler unterstützen und ihnen den Antrag mit auf den Weg geben. Das pauschale Importverbot im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde hingegen abgelehnt, da es zu weit gehe und keine Differenzierung erfolge. Arten, die in den Herkunftsländern bereits unter Schutz stünden, sollten innerhalb der EU ebenfalls einen Schutzstatus bekommen. Angesichts der offenen Grenzen müssten Regelungen EU-weit erfolgen. Ebenso würden die Forderungen zu Trophäen nicht unterstützt. So sei der Elefantenbestand in einigen Bereichen stark angewachsen. Mit einer guten Managementplanung könnte die Entnahme als Einnahmequelle der Bevölkerung zugelassen werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD mit dem alleinigen Schutz von Elefanten und Nashörnern angesichts der CITES-Tagesordnung nicht weit genug gehe. Vor dem Hintergrund des IPBES-Berichts und dem gravierenden Artensterben müsse auch neu über die besonders streng geschützten Arten und die gegenwärtigen Handelsregelungen nachgedacht werden. Die bisherigen Maßnahmen zum Schutz der Elefanten und zur Einschränkung des Elfenbeinhandels hätten nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Insbesondere der westafrikanische Elefant stehe kurz vor dem Aussterben. Dabei seien die Schlupflöcher im Elfenbeinhandel bekannt und ein EU-weites Handelsverbot nicht ausreichend. Ebenso bedürfe es nationaler Regelungen.

Die **Fraktion der AfD** bemängelte, dass in keinem der beiden Anträge problematische Regionen als Umschlagsplätze für Wilderei und Artenhandel genannt würden. Dieser finde von Kriminellen und Kartellen organisiert zwischen Afrika und Zentral- bzw. Südostasien statt. Auch die EU werde hierfür genutzt. Ferner greife es zu kurz, sich alleine auf das Elfenbein der Elefanten oder das Keratin der Nashörner zu beschränken. Das Elfenbein der Narwale oder der Walrösser finde in den Anträgen hingegen keine Erwähnung. Nach Ansicht der Fraktion müssten die Kontrollmechanismen verbessert werden. Dabei werde eine EU-weite Regelung unterstützt, aber auch ähnlich dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine nationale Regelung gefordert, da jede Nation dafür verantwortlich sei, dass in ihrem Territorium nicht damit gehandelt werde. Daher werde eine strengere nationale Einschränkung des Elfenbeinhandels ähnlich der Regelung in Belgien und Frankreich gefordert. Dass die Bundesregierung – wie im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD begrüßt – bei der Finanzierung gegen die Wilderei und gegen den Artenhandel tatsächlich Sorge für Menschenrechte trage, sei nach dem noch nicht aufgeklärten WWF-Skandal zum jetzigen Zeitpunkt umstritten.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die Elefanten und die Nashörner im Fokus der Öffentlichkeit und der Berichterstattung stünden. Obwohl bereits Erfolge zu verzeichnen seien, bestehe noch großer Handlungsbedarf. Auch habe man bei den Anträgen für die CITES-Tagung feststellen müssen, dass es zwar Staaten gebe, die die Regelungen weiter verschärfen wollten, doch gebe es ebenso Staaten, die für Lockerungen eintreten würden. Der Fraktion sei es wichtig, den von der Bundesregierung bereits eingeschlagenen Kurs noch einmal ausdrücklich zu

unterstützen und diese aufzufordern, sich weiterhin gegen Lockerungen zu stellen und mögliche und nötige weitere Verschärfungen vorzunehmen. Ebenso sollte die Bundesregierung das Augenmerk auf den zunehmenden und abzulehnenden Handel mit Reptilien und Amphibien legen. Dabei werde begrüßt, dass der Bundesregierung die Einhaltung der Menschenrechte dabei stets ein Anliegen sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vertrat die Ansicht, dass der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zwar nicht schädlich sei, aber auch nicht die notwendigen Verbesserungen zum Schutz der Elefanten und der Nashörner bewirken würde. In der Gesamtsumme habe die Population der Elefanten zwar zugenommen, doch sei sie in einzelnen Regionen stark gefährdet. Insgesamt seien die geforderten Maßnahmen und die Vorgaben an die Bundesregierung zu weich formuliert und nicht ausreichend.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde hingegen unterstützt. Dabei werde insbesondere die Forderung nach einer Einschränkung des Handels mit Wildtieren auf einer Positivliste begrüßt und die Bundesregierung zu deren Verabschiedung aufgefordert. Die Erfahrung habe gezeigt, dass neu entdeckte Tierarten kurze Zeit später gehandelt würden. Ein Verbot jeder einzelnen Wildtierart sei nicht zielführend, da dies im europäischen Raum zu viel Zeit in Anspruch nehme, sodass eine seltene Tierart vor ihrer Unterschutzstellung ggf. schon ausgestorben sein könnte.

Die **Fraktion der FDP** betonte, dass die Fraktionen sich bei der Zielsetzung, dem Schutz von bedrohten und seltenen Wildtierarten, einig seien, doch sei der Weg dahin strittig. Mit dem CITES-Abkommen seien seit 40 Jahren die gewünschten Wirkungen nicht eingetreten. So seien geschützte Arten dennoch ausgestorben. Beide Anträge seien mit ihrem „Top-down“-Ansatz zu kritisieren, da es nicht um den legalen, sondern um den illegalen Wildtierhandel gehe. Es sei nicht zielführend, für bereits illegale Handlungen noch weitere Beschränkungen einzuführen. Damit könnten keine Verbesserungen erzielt werden. Insgesamt sei der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD ideenlos, da er im Wesentlichen das EU-Ratsdokument 13596/18 wiederholt. Anstatt sich weiter auf mögliche Einschränkungen für den Wildtierhandel auf höherer Ebene zu konzentrieren, werde ein „Bottom-up“-Ansatz vorgeschlagen. Dabei könnte man sich darauf konzentrieren, in den Ländern, in denen diese Wildtiere leben, vor Ort einen besseren Schutz zu erreichen, sodass es erst gar nicht zu einem illegalen Handel kommen würde.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. zu empfehlen, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 19/10148 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD und FDP zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/10186 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

Dr. Klaus-Peter Schulze
Berichtersteller

Carsten Träger
Berichtersteller

Andreas Bleck
Berichtersteller

Judith Skudelny
Berichterstellerin

Ralph Lenkert
Berichtersteller

Steffi Lemke
Berichterstellerin

